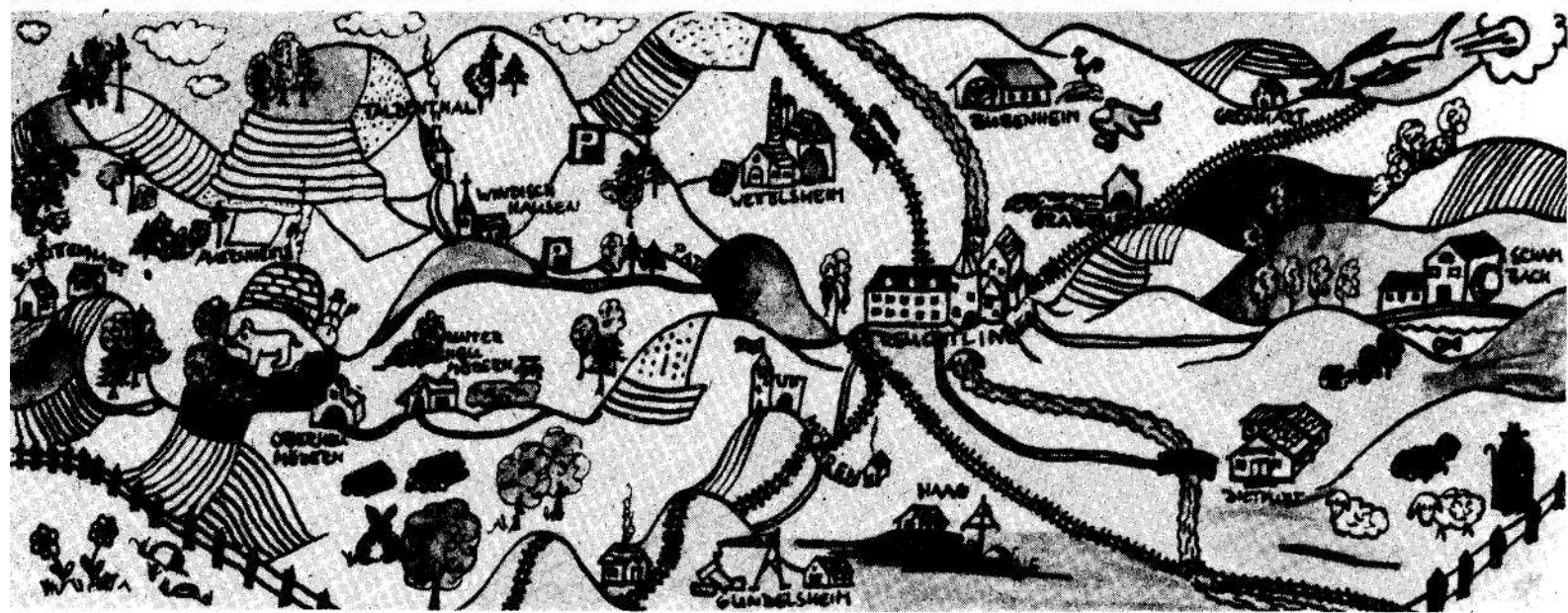


STADT FUCHS



Zeitung des SPD-Ortsvereins für Treuchtlingen und seine Ortsteile



„Die Sehnsucht nach dem Recht“

Vergangenheitsbewältigung nach altem Muster

Liebe Stadtfuchs-Leser !
Was dem einem "Recht" ist, ist für den anderen noch lange nicht "Recht". Wenige Wochen vor Kriegsende, im März 1945, wurde der 21-jährige Matrose Walter Gröger, der auf Antrag des Anklägers Hans Filbinger zum Tode verurteilt wurde, hingerichtet. Jurist Filbinger, wurde für die von ihm gestellten Anträge und verhängten Todesurteile

nie vor ein Gericht gestellt. Er berief sich auf damals geltende Gesetze.

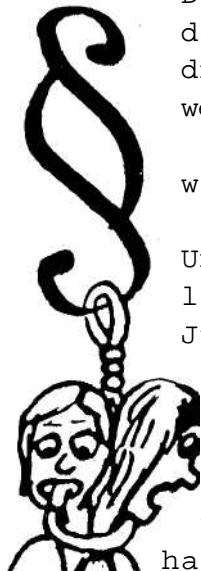
Die vier an der Erschießung des 20-jährigen Chris Gueffroy bei dessen Flucht am 5. Februar 1988 beteiligten Soldaten der Nationalen Volksarmee stehen wegen Totschlags vor dem Berliner Landesgericht. Für sie läßt die Staatsanwaltschaft damals geltendes Gesetz -

§26 und §27 des DDR-Grenzgesetzes von 1982 über die Anwendung von Schußwaffen und §213 des Strafgesetzbuches der DDR über den ungesetzlichen Grenzübertritt - nicht gelten. Von Ihnen wird eine "Anspannung des Gewissens" und die Besinnung auf den "Kernbestand der Menschenrechte" verlangt. Von einem aufrechten Diener seines (NS-) Staates wie Filbinger

konnte dies nicht verlangt werden. Es ist eben nicht das "geltende Recht", sondern das "richtige Parteibuch" entscheidend. Hans Filbinger wurde CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg.

Man kann ja aber auch nicht alle Menschen über einen Kamm scheren, einfache Befehlsempfänger und Schreibtischtäter schon gleichgar nicht. Die Bemühungen der Bundesregierung um die Auslieferung Honeckers wirken recht armselig und geheuchelt. Die in friedlicher Revolution erreichte Einigkeit und Freiheit ' schreibt sich die Bundesregierung gerne auf ihre Fahnen. Vergangenheitsbewältigung ist dagegen ein Thema, das den Verantwortlichen in Bonn nichts angeht. Die sind schließlich mit Umzugsplänen nach Berlin und Waffenschiebereien in Krisengebieten, Einheits - ru(h)m - finanzierung und Bürgerschröpfung mehr als genug be- und - unser aller Mitleid fordernd - überlastet. Vergangenheitsbewältigung ist etwas, das ruhig mal die deutsche Justiz erledigen soll. Nur die hat sich bisher dabei nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Neben dem Streben nach Einigkeit und Freiheit war vor allem auch das

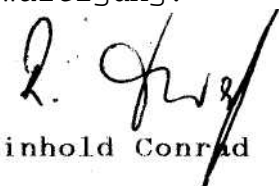
große Bedürfnis nach Recht Ursache für die Wende in der DDR. Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley: "Die Sehnsucht nach dem Recht war eine der wesentlichen [Triebkräfte für die friedliche Revolution."



Da ist es dann schon dringend notwendig, Schau-Schauprozesse wie in Berlin durchzuführen. Und wenn Politik und Justiz nicht fähig oder nicht Willens sind, den Befehlshabern und "Großen" handhab zu werden, sind da ja immer noch - Gott seis gedankt - die kleinen, einfachen Befehlsempfänger, die sich als Sündenbock und als Demonstrationsobjekt für die ach so vortreffliche Vergangenheitsbewältigung "Recht" nutzen lassen. Hauptsache das Rachegefühl des Volkes ist befriedigt. Es ist aber auch wirklich besser, wenn Honecker weiterhin einen ruhigen Lebensabend im Moskauer Exil verbringt, wenn weiterhin lehrreiche Diskussionen mit Krenz in Talkshows verfolgt werden können, wenn dem armen Schalk sein angemessener Lebensstil in einer Villa am Tegern-

see nicht vermiest wird oder wenn die ehemaligen DDR-Repräsentanten als Abgeordnete im Bundestag unsere volle staatsbürgerliche Bewunderung zuteil wird. Denn müssten sie sich vor Gericht verantworten, "droht" ihnen unter Umständen ein Freispruch (wegen des damals geltenden Rechts).

Am Ende würde deutlich, daß es in der BRD "Einigkeit und Recht und Freiheit" gibt, aber keine Gerechtigkeit. Das von den Ost-Deutschen gesuchte und gesetzte Vertrauen in eine neue Rechtsordnung wäre wohl schwer erschüttert. Diesen Bonus sollte man sich nicht so leicht verspielen. Bei den Alt-Bundesbürgern ist der Glaube an Gerechtigkeit schließlich längst mit den vielen milden Urteilen und Freisprüchen für so manchen "Großen" Steuerhinterzieher, Umweltzerstörer, Politik- und Wirtschaftsverbrecher verloren gegangen. Also, ruhig weiter mit den Schauprozessen. Es wird "Recht gesprochen" und das Volk hat seine Rache. Und wieder einmal heißt es: Lieber Recht statt Gerechtigkeit, lieber Verdrängung statt Bewältigung!


Reinhold Conrad

Ausländer



Diskussion um Asylverfahren

verschärft sich zusehends

Das vom Grundgesetz geschützte Menschenrecht auf Asyl darf nicht eingeschränkt werden.

Eine Beschleunigung des Anerkennungsverfahrens für AsylbewerberInnen ist zubeifürworten, allerdings darf es nicht zu einer Abschiebung bzw. Abweisung an der Grenze kommen, da gerade beim Asylrecht eine individuelle Prüfung jedes Einzelfalls unabdingbar ist und diese Praktik rechtsstaatswidrig wäre.

Abschiebungen dürfen nur dann vorgenommen werden, wenn den Menschen in ihren Heimatländern keine Gefahr für Leib und Leben droht !

Das eingeschränkte Arbeitsverbot für AsylbewerberInnen muß abgeschafft werden, denn sie dürfen am freien Arbeitsmarkt nicht benachteiligt werden. Es muß außerdem sichergestellt werden, das Asylbewerberinnen in menschenwürdigen, frei -

gewählten Unterkünften untergebracht werden, denn z. Bsp. Turnhallen und Schulen sind als Bleibe auf längere Zeit untragbar.

Deutschland ist ein Einwanderungsland, dies muß endlich allen in der BRD klar werden, denn was ist der Zuzug vieler aus aller Welt (deutschstämmige Aussiedler und Ausländer) anderes als Einwanderung.

Wir brauchen Ausländer, denn ohne sie wäre unsere Volkswirtschaft auf Dauer nicht überlebensfähig, deshalb muß eine gezielt gesteuerte Einwanderung nach Deutschland, innerhalb von Länderquoten die nach Bedürftigkeit der Länder festgelegt werden, möglich werden !

Angesichts der Probleme in der 3. Welt und in allen armen Staaten auf der Erde, können wir die wir seit jeher von den armen Staaten profitieren nicht mit einer Politik der "geschlossenen Grenzen" in

das . Jahrtausend gehen, sondern wir müssen uns dem Weltbürgertum öffnen und parallel den Menschen in Ihren Heimat Staaten mit gezielter Hilfe zur Selbsthilfe zu einer besseren Existenz verhelfen.

Dies ist aber- nur machbar wenn wir unser System der sozialen Marktwirtschaft weiter zum Vorteil aller reformieren , nämlich hin zu einer neuen, sozialen demokratischen und gerechten Weltwirtschaftsordnung,

Offen für Anregungen, Wünsche und Kritik:

Stefan Fischer
Theodor Fontane Str 1
8830 Treuchtlingen

Holger Dyroff
Nördlinger Str. 2
8832 Weißenburg

Steffen Arndt
Eichfeldstr. 23
8832 Weißenburg

Informationen über die Jusos sind bei obigen Adressen abrufbar !

SPD-Grundsatz: „Hilfe statt Strafe“ beim § 218

Am 15. Mai jährte sich zum 120. mal der Tag, an dem mit dem Strafgesetzbuch der §218 in Kraft trat. Seit 120 Jahren bedroht das deutsche Strafrecht Frauen, die sich im Konflikt für einen Abbruch entscheiden, mit Strafen.

Werdendes Leben kann nicht durch das Strafrecht und es kann nicht gegen den Willen der Frau geschützt werden.

Wir wollen, daß Frauen Rat und Hilfe finden. Aber Beratung - unter Zwang ist ein Widerspruch, in sich. Beratungszwang führt zu demütigendem Spießruten! auf und zur Unehrlichkeit. Zwangsberatung schützt weder werdendes Leben, noch hilft es der Frau.

Für die SPD waren bei der Erarbeitung ihres Gesetzentwurfes folgende Grundsätze maßgeblich:

die Frau entscheidet in den ersten zwölf Wochen eigenverantwortlich über den Schwangerschaftskonflikt ..

Arzt oder Ärztin bleiben straffrei, wenn sie mit Einwilligung der Frau den Schwanger-

- schaftsabbruch in den ersten zwölf Wochen der Empfängnis vornehmen oder wenn sie die Schwangerschaft bei Gefahr für das Leben der Schwangeren, der Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung ihres körperlichen oder seelischen Gesundheitszustands mit Einwilligung der Schwangeren abbrechen.

Unsere Kinderfreundlichkeit muß weiter reichen als bis zur Geburt. Deshalb müssen sich Staat und Gesellschaft an den Kosten der Kindererziehung beteiligen, sie müssen endlich in der Bundesrepublik Kinderbetreuungseinrichtungen schaffen.

Heidi Hammer
ASF - Vorsitzende



- Schwangerschaftskonfliktberatung; die sich mit den persönlichen Problemen der Frau befaßt, kann nur als freiwillige Beratung ihren Sinn voll erfüllen. Das Beratungsangebot ist unter Wahrung der Vielfalt der Träger auszubauen.

- Die Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs rechts erfolgt ausserhalb des Strafrechts.



► Im Ortsverein diskutiert... ◀

Sehr interessiert folgten die Besucher der SPD Mitgliederversammlung des OV Treuchtlingen dem Vortrag der UB Geschäftsführerin Marianne Heidenfelder. Thema war die Neuorganisation der SPD in Bayern, für die u. a. das magere Wahlergebnis der Auslöser war.

Schon in den 60er Jahren versuchte der derzeitige Bundestagsfraktionsvorsitzende der SPD, Hans Jochen Vogel eine Reform zu erreichen. 1985 wurde der sogenannte Rothemund-Plan heiß diskutiert und dann doch abgelehnt.

Nach den Wahlen 1990 kündigte der SPD Landesvorsitzende Rudi Schöfberger seinen Rücktritt an. Renate Schmidt, seine Stellvertreterin, erklärte ihre Bereitschaft die Führung der Bayern SPD zu übernehmen - unter der Bedingung, daß eine Neuorganisation durchgeführt wird, mit der Bildung eines starken Landesvorstands. Eine Kommission wurde gebildet und das sogenannte "Stiegler-Papier" vorgelegt.

Eine Reform ist allerdings nur mit dem Einverständnis der Franken möglich. Und so gab es nach einer fränkischen

Funktionärskonferenz einige Änderungen und Ergänzungen und im weiteren Verlauf noch verschiedene Anträge und "Papiere".

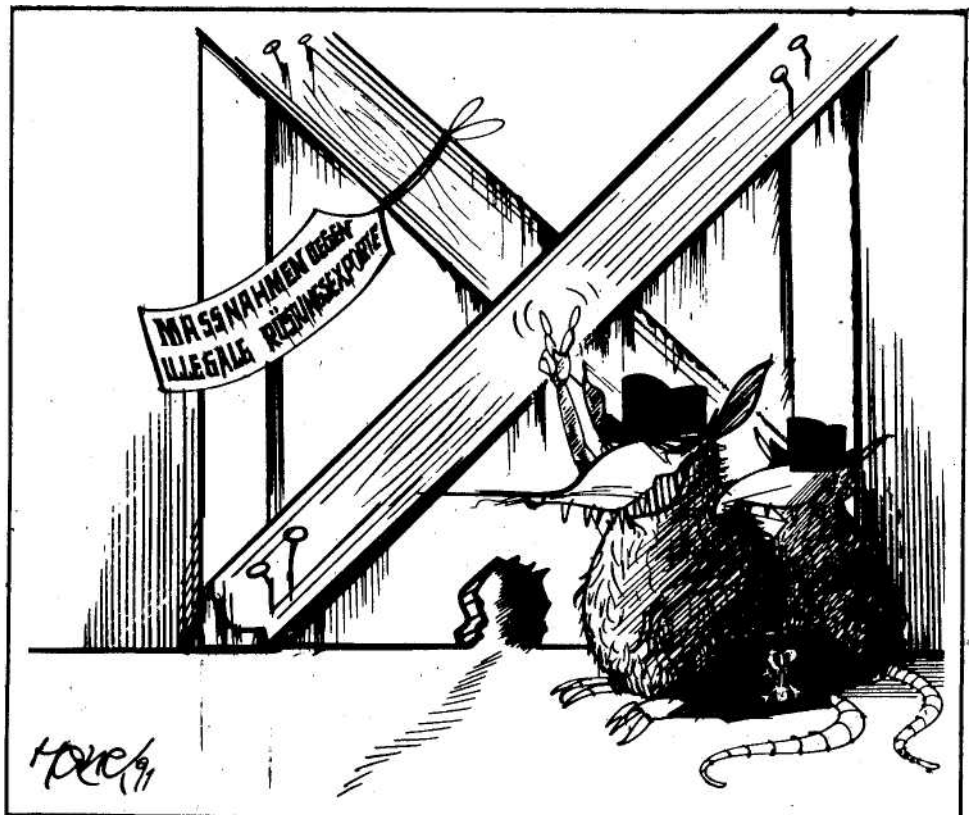
Zwischenzeitlich hat der Bundesparteitag der SPD in Bremen die satzungsrechtlichen Voraussetzungen für die Bildung eines Landesbezirks beschlossen.

Wie geht es nun weiter? Der Satzungsentwurf wird überarbeitet und mit vielen Anregungen an die Satzungskommission gegeben. Der Landesvorstand wird das Ergebnis in seiner Klausur beraten und als Antrag dem Landesparteitag am 9. - 10. November in Bayreuth

übergeben. Selbstverständlich haben alle Ortsvereine und Kreisverbände die Möglichkeit ebenfalls Anträge einzureichen.

Am 16. Oktober hat die SPD Mitgliederversammlung des OV Treuchtlingen, mit nur einer Gegenstimme beschlossen, dem Antrag des Kreisvorsitzenden zuzustimmen, daß der Kreisverband WUG - GUN im Rahmen der Neuorganisation in Zukunft Unterbezirk wird. Natürlich ist hierzu die Zustimmung des Landesvorstands nötig.

Heide Otounik
Pressereferentin
SPD OV Treuchtlingen



„Wir finden allemal ein Schlupfloch...“

Zeichnung: Hanel

Abgeschoben oder aufgehoben

Nachdenkliches für ältere und jüngere Leute von Otto Reitlinger

Was wird heute nicht alles über das Alter und über Altersheime geschrieben! So vieles und so Unterschiedliches, daß es eher verwirrt als informiert.

Da hört man beispielsweise in einer Radio-sendung, daß eine Gemeinde große Anstrengungen unternimmt, um ein Altenheim zu bauen, damit "ihre" Alten' nicht an einem fremden Ort. untergebracht werden müssen. Ist es dann aber endlich soweit, daß das Heim eingeweiht worden ist und die ersten Bewohner einziehen können, gibt es in der Nachbarschaft Gerede und abfällige Urteile, weil der oder die ihre armen alten Eltern, Großeltern, Onkel und Tanten, usw. in das Heim "abschieben".

Es kommt nun einmal im Leben sehr vieler betagter Menschen der Zeitpunkt, wo man sich vor die Frage gestellt sieht: Allein geht es einfach nicht mehr, welche Lösung kann gefunden werden? - Kein Zweifel, daß eigene vier Wände und Selbstständigkeit nur schwer aufgegeben werden: aber ist die zunehmende Belastung für

(zumeist beruflich recht beanspruchte) Familienmitglieder oder Verwandte auch zumutbar? Würde es genügen, wenn eventuell für einige Stunden eine bezahlte Hilfe ins Haus käme? Und wenn dies bei ehrlichen Bedenken verneint werden muß, dann, so meine ich sollte man es sich (und eventuell den Angehörigen) doch nicht zu schwer machen

malige Mitarbeiter der Deutschen Bundespost untergebracht sind.

Es soll gar nicht verschwiegen werden, daß es im Heimleben - wie auch sonst im Zusammenleben mit Nachbarn nicht ohne Differenzen abgeht. Ohne den Willen zum Anpassen und Einleben wird man sich kaum wohlfühlen können. Schließlich hat man ja



mit dem Entschluß, sich in die Obhut eines Altenheimes zu begeben. Ich lebe zwar noch nicht in einem solchen, aber ein bißchen glaube ich doch mitreden zu können, denn seit länger als 16 Jahren bin ich als Sozialbetreuungskraft des Verwaltungspostamts Treuchtlingen häufiger Besucher in allen Heimen unseres Betreuungsbereichs in denen ehe-

sein Leben lang, und im Alter noch vermehrt, selber seine Vorlieben, Eigenheiten und Schwächen. Und, zumal wenn man sich täglich begegnet, lassen sich die des Anderen nicht immer leicht ertragen.

Aber immer öfter habe ich es mittlerweile zu hören bekommen: "Ach, hätte ich den Schritt ins Heim doch schon viel eher getan: wie-

viel Mühsal, Angst und Ärger hätte ich mir ersparen können!" Ali dies ist doch gewiß nicht zu unterschätzen: Es wird täglich für Ordnung und Sauberkeit gesorgt, es ist immer angenehm warm, die Wäsche wird gewaschen und man kann sich an den gedeckten Tisch setzen und mit anderen Menschen sprechen. Der Arzt kommt regelmäßig ins Haus, zumeist auch Friseur und Fußpflege; es gibt Veranstaltungen, wie Gymnastik, Singen,

Sicher wäre es ein Versäumnis wenn man nicht auf die äußerst schwere Aufgabe des Pflegepersonals und aller Mitarbeiter der Heime hinweisen würde. Wer da vielleicht besorgt ist, es könnte noch so zugehen wie früher einmal, daß von oben herab reglementiert wird, der darf diesen Gedanken nahezu vergessen. Die Zeiten, da die Bewohner geduzt, oder mit "Oma oder Opa" angeredet wurden, sind größtenteils vorbei! Der Umgangston ist meistens freundlich, verständnis- und achtungsvoll. Bei der Pflege des Personenkreises, wo außer den körperlichen auch die geistigen Kräfte nachlassen, kann man viel Nachsicht und Geduld beobachten. Die Heimleitungen sind stets bemüht zu helfen, offene Türen und Ohren sind meistens anzutreffen. Zu erwähnen wäre vielleicht noch, daß jedes Heim seinen "Heimbeirat" selber wählen kann und in Versammlungen jeder zu Wort kommt, der es möchte.

Daß man auch Gegenbeispiele anführen könnte ist auch mir bekannt. Aber wollen wir daran denken: hilflose Einsamkeit kann unerträglich werden!

Für Sie gelesen

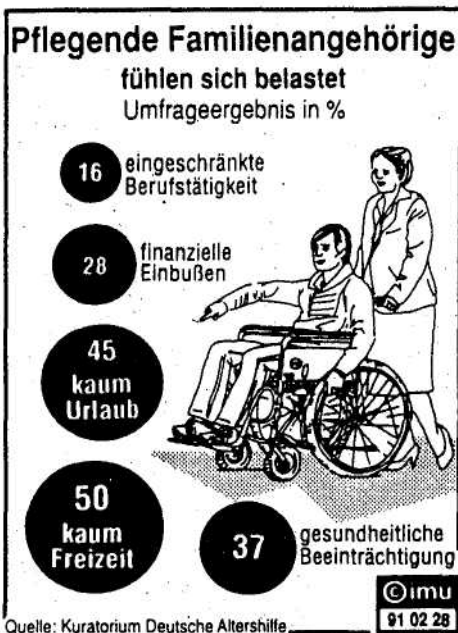


Lutz Lehmann: Wie die Luft zum Atmen. Ein Journalist erlebt die Perestrojka. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg. 36 DM.



PERESTROIKA

Der Verfasser berichtet über den neuen Abschnitt in der Geschichte der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow, der die sozialistische Supermacht modernisieren und die internationalen Beziehungen durch neues Denken verbessern will. Neben Moskau gehören auch Genf, Reykjavik und Washington zu den Schauplätzen des Geschehens. Tschernobyl, die Befreiung Sacharows, Rusts Landung auf dem Roten Platz und der Abschluß der KAL 007 über Sachalin zählen zu dem Stoff dieses Buches. Es führen aber auch Reisen zum Steinkohle-Tagebau von Jakutien oder zu deutschen Sowjetbürgern nach Kasachstan.

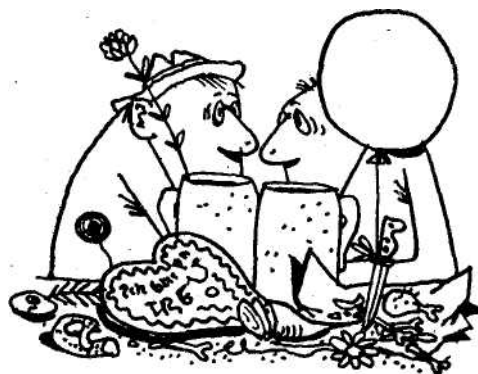


Basteln, hin und wieder Andachten, Filme, Feste, usw. Wenn man sich nicht selber isoliert, dann findet man auch Ansprachen, gemeinsame Interessen, Begleitung zu Einkäufen oder Spaziergängen.

Sommerfest '91 in Schambach

Zu seinem diesjährigen Sommerfest hatte der SPD-Ortsverein am 3. August in das Sportheim des SV Schambach eingeladen. Organisiert und durchgeführt wurde das traditionelle Fest in Zusammenarbeit von Ortsverein und Jusos.

Wochen vor dem Fest kräftig trainieren. Denn in diesem Jahr wollte man es endlich packen, und im Fußballmatch gegen die Mannschaft des Bräustüberls den Sieg für den Ortsverein erringen.



Mit erfrischenden Getränken und einer kräftigen Brotzeit vom Grill fand das Sommer-

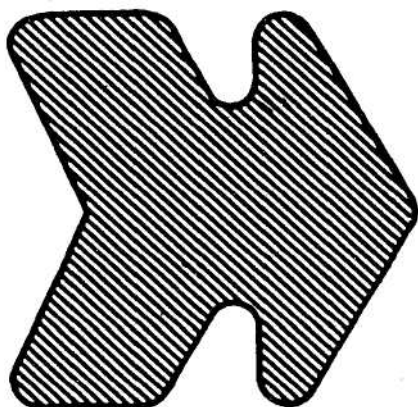
Begonnen hatte das Sommerfest mit, einer Kaffee- und Kuchen-Tafel, für die Maria Schmidt die Durchführung übernommen hatte. Wie auch in den vergangenen Jahren waren die Bewohner des Altenheims in Dietfurt eingeladen. Denjenigen, die nicht nach Schambach kommen konnten, wurden Kaffee und Gebäck nach Dietfurt gebracht.



Für das Organisatoren- und Fußball-Team um Reinhold Conrad, Thomas Schuster und Stefan Fischer hieß es in den

Doch alles Training half nichts - der Pokal ging zum dritten mal, und damit für immer, in das Bräustüberl.

fest einen fröhlichen Ausklang in gemütlicher Runde.



STADTFUCHS
Herausgegeben vom SPD-Ortsverein
Trübungen für die Gesamtgemeinde.

Impressum

Redaktion: Doris Dollhopf
Robert Burger
Sabine Schlund